



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

29. Sitzung vom 5. Februar 2024

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.30 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Thomas Hafner, Urs Hauri, Karl J. Heim, Brigitte Schori, Brigitte Strondl

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Er begrüsst speziell die anwesenden Gäste, die Medien und das Regio TV plus und darf darauf hinweisen, dass heute Abend nicht Daniel Wittlin die Filmaufnahmen machen wird, sondern sein Sohn Noah. Er wünscht ihm viel Erfolg. Weiter begrüsst der Präsident die Mitarbeitenden der Verwaltung Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, sowie Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Er begrüsst ausserdem die Gemeindepräsidentin ad interim Caroline Rietschi sowie die übrigen Mitglieder des Gemeinderats und alle Ratsmitglieder.

Mitteilungen des Präsidenten

Bei den Mitteilungen kann sich der Präsident kurzfassen, dafür ist es etwas Erfreuliches.

- Am 24. Februar 2024 findet die Binninger Fasnacht hier im Dorf statt. Er darf alle ermuntern, daran teilzunehmen. Es ist ein toller und wichtiger Anlass für Binningen.
- Neu im Rat begrüssen darf er Olivier Kremo, SVP. Er wünscht ihm viel Erfolg und Spass im Einwohnerratsbetrieb. Es sind keine Rücktritte bekannt gegeben worden. Das ist sehr erfreulich, also hat der Apéro im Dezember geschmeckt.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Brigitte Strondl, SP, Thomas Hafner, Mitte/GLP, Urs Hauri, Grüne/EVP, Brigitte Schori, FDP, und Karl J. Heim, Mitte/GLP. Damit sind es 35 Ratsmitglieder, wobei ein Mitglied noch nicht anwesend ist. Also sind momentan 34 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt mit Stichentscheid bei 17, sonst bei 18, das Zweidrittelmehr bei 24.

Neue Vorstösse

Nr. 187, Postulat Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft

Der Präsident fragt den Postulanten, ob er seinen Vorstoss begründen möchte. Das ist nicht der Fall.

Bevor er zur Traktandenliste kommt, soll wie üblich eine Probeabstimmung durchgeführt werden. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 4. Dezember 2023	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.12.2023 Totalrevision des Reglements über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	188
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2024 Gemeindeinitiative zur Wählbarkeit von Einwohnenden mit Niederlassung C in die Schulräte und Sozialhilfebehörden der Baselbieter Gemeinden («Wählbarkeits-Initiative») Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	189

- | | | |
|----|--|------|
| 4. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2024
Bushaltestelle «Schwimmhalle», Überprüfen der Verkehrssicherheit Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 149 |
| 5. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.01.2024
Motion GRPK: Berichterstattung der Behörden Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 162 |
| 6. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2024
Interpellation D. Zimmermann, FDP: Generalplaner – Chancen und Risiken? Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 170a |
| 7. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.12.2023
Postulat N. Eldridge, Mitte/GLP: Erneuerung Turnhallenboden Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 181 |
| 8. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2024
Interpellation R. Büchelin, SP: Nutzung Sportplatz Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 184 |
| 9. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 4. Dezember 2023

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, im Büro seien keine Änderungen beantragt worden. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 188

Totalrevision des Reglements über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sven Inäbnit, FDP erklärt, die FDP habe natürlich grundsätzlich nicht unbedingt Freude an einer Ausweitung von Kontrollen, die letztendlich wieder die Hauseigentümerschaft tragen muss. Auf der anderen Seite geht es bei diesem Reglement um einen klaren Nachvollzug des kantonalen Gesetzes. Das muss man so akzeptieren. Es hat trotzdem einen etwas schalen Beigeschmack. In der heutigen Zeit, wo es weniger Öl- und Gasfeuerungen gibt, wird dieser Ausfall an Kontrollen quasi direkt schon wieder kompensiert mit den Holzfeuerungen. Es darf ja nicht weniger Arbeit vorhanden sein und am Schluss eine Entlastung sein. Item. Dies sind eher politische Bemerkungen zur grundsätzlichen Haltung seiner Fraktion zu Regularien. Sie sehen aber die Notwendigkeit zur Anpassung des Gemeindereglements. Es haben sich bei der Fraktion einige Fragen gestellt, die aber im Vorfeld gelöst werden konnten. Insbesondere ist der FDP ganz wichtig, dass man am Konzept der liberalisierten Feuerungskontrolle festhält. Das heisst, dass die Kontrolle der Holzfeuerungen, wie bisher bei den Öl- und Gasfeuerungen, durch Servicefirmen nach freier Wahl der Eigentümerschaft durchgeführt werden können und dass damit die Administration nicht komplizierter wird, wie wenn man die offiziell bezeichneten Kontrollgremien wählen würde. Das ist eigentlich der einzige Punkt, den die Fraktion vor der Lesung gerne noch durch die zuständige Gemeinderätin geklärt haben möchte resp., dass sie nochmals bestätigt, dass es die Absicht der Gemeinde ist, so weiterzufahren. Das Musterreglement ist von der liberalisierten Feuerungskontrolle. Das ist wirklich ein springender Punkt für seine Fraktion, den sie gerne haben möchte.

Die letzte Anmerkung betrifft die Ausweitung auf die privaten Cheminées. Selbstverständlich ist dies auch eine Holzfeuerungsanlage, wenn man es so möchte. Dort ist es der FDP wichtig, dass man mit einem gewissen Augenmass umgeht und den Eigentümer glaubt, wenn sie das Cheminée nicht brauchen und ein Aquarium oder ein Blumenstraus drinnen steht für die nächsten vier Jahre, wie schon für die letzten vier Jahre. Es ist ihnen wichtig, dass es nicht zu einer bürokratischen Nachweispflicht kommt, dass man hier ja nie ein Feuer entzündet hat. Viele Cheminées werden nicht genutzt. Diese sollten aus ökonomischen Gründen für beide Seite aus dieser Kontrollpflicht ausgenommen werden. Er weiss, dass es im Reglement so vorgesehen ist. Die Fraktion appelliert einfach, dies mit Augenmass umzusetzen und dass die Gemeinde die zuständigen Gremien darauf aufmerksam macht, dass erwartet wird, dass dies nicht mit der letzten Akribie zum Tragen kommt. Das wären die Punkte der FDP. Der Votant würde die zuständige Gemeinderätin darum bitten, die Frage nachher noch zu beantworten.

Jonathan Noack, SP äussert, es gehe, wie bereits angesprochen, um einen Nachvollzug des Kantons, des Bundes. Der Handlungsspielraum der Gemeinde in dieser Sache ist eingeschränkt. Die SP findet den Vorschlag des Gemeinderats für die Umsetzung sinnvoll. Sie finden die Kosten seien auch tragbar, daher stimmt die SP-Fraktion dem Vorschlag zu.

Nina Eldridge, Mitte/GLP erläutert, die Mitte/GLP finde die Umsetzung ebenfalls am sinnvollsten. Die Fraktion folgt somit dem Antrag des Gemeinderats.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP bedankt sich im Namen der Grünen/EVP beim Gemeinderat für die Vorlage. Die Fraktion schliesst sich den Vorrednern und Vorrednerinnen an. Ein Aspekt, der ihm aufgefallen ist, ist, dass man Verbesserungen gegenüber dem Musterreglement vorgenommen hat, bei denen die Fraktion nicht unbedingt sieht, worin die Verbesserungen liegen. Warum man sich beispielsweise die Mühe gemacht hat, die «Kontrollorgane», die im Musterreglement immer in Mehrzahl sind, systematisch auf «Kontrollorgan» zu ändern, ist nicht so einsichtig. Weshalb man, wenn im Musterreglement die Feuerungstypen nicht genannt werden, diese explizit ins Gemeindereglement aufnimmt und sich dort dann wieder der Frage unterwirft: Was passiert, wenn jemand einen anderen Typ von Feuerungsanlage hat? Es werden Holz-Einzelraumfeuerungen und Holz-Zentralfeuerungen genannt. Wie ist es, wenn jemand eine Holz-Etagenfeuerung hat, wie man es z.B. bei Gasheizungen kennt? Ebenso stellt sich die Frage, wie es mit Brennstoffzellen-Heizungen ist, die auch eine Form von Feuer haben und mit anderen Technologien. Es erschliesst sich nicht so ganz, warum man sich diese Mühe gemacht hat, bei der zumindest auf Anhieb nicht zu sehen ist, was der Gewinn der Abänderungen im Vergleich zum Musterreglement ist. Ansonsten würde die Grüne/EVP dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Sie nimmt gerne Stellung zu den Fragen, die die FDP gestellt hat in Bezug auf die liberalisierte Kontrolle. Es ist tatsächlich so, dass man am bestehenden Modell, das man heute hat, festhalten möchte, dass nämlich jeder Hauseigentümer und jede Hauseigentümerin selbst entscheiden kann, wer die Kontrolle vornimmt. Daran ändert auch das neue Reglement bzw. die neue Version des Reglements nichts. Was die Kontrolle der Cheminées und der Holzfeuerungsanlagen betrifft, ist es so, dass die Gemeinde gemäss einer neusten Weisung des Kantons, welche das Lufthygieneamt am 24. Januar 2024 online gestellt hat, alle Anlagenbetreiber schriftlich auffordern muss, dass sie ihre Holzfeuerungen visuell innerhalb eines Kalenderjahres durch eine frei wählbare Fachperson kontrollieren lassen. Es hat wiederum jede Hauseigentümerin und jeder Hauseigentümer in der Hand, wen er oder sie da aufbietet, um die ein, zwei oder drei Cheminées oder was auch immer kontrollieren zu lassen. Die Gemeinde muss sie auffordern und die Gemeinde muss selbstverständlich von den Kontrollorganen einen Rückmeldung erhalten, die festlegt, wie viele Anlagen es sind und wie oft sie kontrolliert werden müssen. Aber letztlich hat sie auf die Kontrollorgane, die jede Hauseigentümerin und jeder Hauseigentümer selbst bestellt, nur beschränkt Einfluss.

Wenn jemand die Anlage kontrolliert und der Hauseigentümer oder die Hauseigentümerin findet die Periodizität zu eng, dann ist es ihnen freigestellt, das nächste Mal einen anderen Kontrolleur zu wählen, der dies vielleicht etwas lockerer sieht. Einfach damit man sieht, was die Gemeinde kann, was sie aber auch nicht kann. Es ist in den Händen der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer dort aufzubieten, wen sie möchten. Diese Freiheit werden sie weiterhin haben, auch im neuen Reglement. Was die Verbesserungen oder Verschlechterungen im Reglement betrifft, muss die Votantin ehrlich sagen, dass sie auf die Schnelle nichts dazu sagen kann. Wenn es ein Problem war, wäre sie froh gewesen, wenn man ihr dies vorgängig mitgeteilt hätte. Dann hätte sie es anschauen können. Aber auf die Schnelle kann sie nichts dazu sagen. Das tut ihr leid. Allgemein wäre die zuständige Gemeinderätin froh, wenn der Rat dem Reglement zustimmen könnte. Es ist wie bereits erwähnt ein Nachvollzug von kantonalem Recht, das die Gemeinde im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, einfach und vernünftig umzusetzen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte der Präsident direkt zur Abstimmung resp. zum Abschluss der 1. Lesung des Reglements kommen.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, grundsätzlich sei es bei einer Totalrevision üblich und angezeigt, dass man Artikel für Artikel in einer sogenannten ersten Lesung durchgeht. Die einzelnen vorgeschlagenen Änderungen oder den vorgeschlagenen Wortlaut bei einer Totalrevision werden gemeinsam gelesen und der Präsident fragt die Ratsmitglieder, ob sie mit dem vorgeschlagenen Wortlaut einverstanden sind oder ob allenfalls Ergänzungen oder Änderungen gewünscht werden. Dann könnte sich vielleicht auch noch klären, was Thomas Schwarb mit Verbesserungen gemeint hat, die möglicherweise keine sind, sondern «Verschlimmbesserungen». Das könnte man dann miteinander anschauen und in der zweiten Lesung korrigieren.

DETAILBERATUNG / LESUNG DER SYNOPSE

§ 1 Geltungsbereich

Thomas Schwarb, Grüne/EVP erläutert, dass es hier um die Frage gehen würde, ob es sinnvoll ist, die einzelnen Feuerungstypen aufzuführen, während sie im Musterreglement nicht enthalten sind.

Christoph Daniel Maier, FDP darf verdeutlichen, was es rechtlich bedeutet, wenn man eine Auflistung macht. Es ist einschränkend. Thomas Schwarb hat natürlich recht, wenn er sagt, entweder es gilt allgemein für alle im übergeordneten Recht genannten Öl- und Gasfeuerungen bzw. für weitere Feuerungen, die dort genannt sind, oder, wenn man den Geltungsbereich hier auf die spezifisch genannten reduziert, dann führt dies rechtlich gesehen zu einer Einschränkung des Geltungsbereichs. Daher ist es vielleicht keine ganz so gute Idee, wenn man das einzeln auflistet.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP stellt den Antrag, Paragraph 1 Absatz 2 zu streichen.

ABSTIMMUNG

Streichung § 1 Abs. 2: 31 JA / 2 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Paragraph 1 Absatz 2 wird gestrichen.

§ 2 Amtliches Kontrollpersonal / Kontrollorgan

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, in der Version, die dem Rat vorgelegt wurde, wird zwischen dem Kontrollorgan und dem Kontrollpersonal unterschieden. Er ist sich nicht ganz sicher, was diese Unterscheidung bringt, denn der Begriff wird im weiteren Verlauf des Reglements unterschiedlich benützt. Es könnte zu Missverständnissen führen. «Kontrollpersonal»: Personal schliesst irgendwie ein, dass man meinen könnte, es seien nur von der Gemeinde angestellte Personen gemeint, dass es nur das betrifft anstelle des angesprochenen liberalen Begriffs «Kontrollorgan», der weiter ist. Entsprechend möchte der Votant zur Diskussion stellen, dass man nur von «Kontrollorgan» redet und nicht von «Kontrollpersonal», wie es jetzt in einer Art «Verschlimmbesserung» des Modellreglements in der Redaktion der Gemeinde hier eingeführt wurde.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP möchte in Bezug auf die «Verschlimmbesserung» des Musterreglements darauf hinweisen, dass wenn man genau schaut, dann spricht der Paragraph 2 des Musterreglements im Titel von «Kontrollorgane» und im Text selbst von «Kontrollpersonal». In den Bemerkungen in der Synopse wurde erklärt, was der Unterschied ist. Die Gemeinde war konsequent und hat im Titel von Paragraph 2 beide genannt und dann den Begriff verwendet, der ihrer Meinung nach zum Tragen kommt. Es ist also keine «Verschlimmbesserung» des Musterreglements, sondern eine Präzisierung und eine Klarstellung des Musterreglements.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, es würde die heutige Sitzung sprengen, hier in der Redaktion im Wortlaut etwas zu ändern. Der Widerspruch ist seiner Ansicht nach auch nach dieser Erklärung noch

nicht ganz geklärt. Er fände es daher sinnvoll, wenn man auf die zweite Lesung die beiden Begrifflichkeiten entweder konsolidiert oder klar auseinanderhält. Es ist eine kleine Geschichte, das ist klar. Er möchte nicht auf Details herumhacken, aber wenn man schon liest, dann richtig und so etwas darf angemerkt werden. Es wäre aus seiner Sicht eine Chance, wenn man dies auf die zweite Lesung hin nochmals anschauen würde.

§ 3 Auskunftspflicht und Zugangsrecht

Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, ein Ausfluss der vorhergehenden Bemerkung findet sich hier wieder. Im ersten Absatz ist von Personal die Rede, im zweiten Absatz von den Kontrollorganen. Es erschliesst sich wie gesagt nicht, weshalb es einmal so und einmal anders ist. Er würde sich vorbehalten, vielleicht auf die zweite Lesung hier einen Antrag zu stellen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP möchte dies unterstützen. Vorhin wurden ja auch die einzelnen Feuerungsanlagen gestrichen. Bei den Gasfeuerungen oder Gasheizungen ist es nämlich die IWB, die kommt. Man kann nicht einfach sonst irgendjemanden bestellen. Sie konnte das damals auf jeden Fall nicht. Auch aus dieser Überlegung wäre es sinnvoll, wenn man einen Gesamtbegriff wählen würde. Sie möchte ebenfalls fragen, ob man nicht auf die zweite Lesung eine Begrifflichkeit finden oder nur von Kontrollorgan ausgehen könnte.

§ 4 Vollzug

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Messgeräte

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Kompetenzen

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Durchführung der periodischen Kontrollen

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Vorgehen des Kontrollorgans bei Überschreitungen

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Vorgehen der Servicefirma bei Überschreitungen

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Sanierung der Anlage

Keine Wortmeldungen.

§ 11 Durchführung

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Sanierung der Anlage

Keine Wortmeldungen.

§ 13 Durchführung

Keine Wortmeldungen.

§ 14 Vorgehen der Servicefirma bei Überschreitungen

Keine Wortmeldungen.

§ 15 Sanierung der Anlage

Keine Wortmeldungen.

§ 16 Gebühren

Keine Wortmeldungen.

§ 17 Strafbestimmungen

Keine Wortmeldungen.

§ 18 Rechtsschutz

Keine Wortmeldungen.

§ 19 Aufhebung des bisherigen Rechts

Keine Wortmeldungen.

§ 20 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen.

Präsident Roman Oberli, SVP äussert, da es keinen weiteren Redebedarf mehr gibt, würde er die erste Lesung damit schliessen und bittet darum, dass der Antrag in die zweite Lesung aufgenommen wird.

BESCHLUSS

://: Die erste Lesung wird abgeschlossen.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 189

Gemeindeinitiative zur Wählbarkeit von Einwohnenden mit Niederlassung C in die Schulräte und Sozialhilfebehörden der Baselbieter Gemeinden («Wählbarkeits-Initiative»)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP erläutert, das passive Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassung C erschliesse den Gemeinden Potenzial, um ihre Gemeindebehörden gut zu besetzen. Alle Anwesenden kennen die Meldungen aus der Zeitung aus der nächsten Umgebung, aus dem schönen Baselbiet, in denen steht, man habe für den Gemeinderat in einer kleinen Gemeinde keine Anwärtinnen und Anwärter. Es wird nicht besser sein bei Schulrat und Sozialhilfebehörde. In diesem Sinn ist es ein grosser Gewinn, wenn man hier auf eine grössere Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner zurückgreifen kann. Es geht wie gesagt um die Sozialhilfebehörde und den Schulrat, nicht um die Gemeindeexekutive. Gemeindepardamente haben sie nicht. Nichtsdestotrotz sind die Sozialhilfebehörde und der Schulrat Bereiche, die natürlich viele Leute interessieren. Zumindest die Schule betrifft ja praktisch jede und jeden. Es führt auch entsprechende Familien näher an das Geschehen in der Gemeinde heran und bindet sie aktiv in diese Prozesse ein. Das erscheint ihrer Fraktion ein Gewinn, nicht nur in den kleinen Gemeinden, sondern potenziell auch in einer Gemeinde Binningen. Die SP ist daher sehr erfreut, dass der Gemeinderat die Gemeindeinitiative unter der Führung von Anwil unterstützen möchte. Sie stimmen für den Antrag

des Gemeinderats und sollte ein Rückzug nötig sein, was aus Sicht der Fraktion bedauerlich wäre, sollte der Gemeinderat dies vorbehaltlos machen können. Auch diesem Antrag stimmt die SP zu.

Sirin Hauri, Grüne/EVP teilt mit, viele Gemeinden haben Mühe, genügend Mitwirkende für Behörden wie Schulrat und Sozialhilfebehörde zu finden. Das hat die Gemeinde Anwil zum Anlass genommen, eine Gemeindeinitiative zu starten, damit auch Einwohnerinnen und Einwohner mit C Bewilligungen zugelassen werden können. Die Grüne/EVP unterstützt diesen Vorschlag. Selbst wenn sich unter den eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer genügend Personen für diese Ämter finden lassen, wäre dies ein Gewinn. Es ist für die Demokratie und ihre Institutionen wichtig, dass sie für den Grossteil der Bevölkerung repräsentativ sind. Das dient dem Frieden, der Zufriedenheit und der Stabilität. Es gibt Niedergelassene, die bereits in der Schweiz geboren sind und die uns wohl durchschnittlich so gut kennen, wie wir uns durchschnittlich untereinander verstehen. Niedergelassene, die wiederum noch nicht so lange in der Schweiz sind, können einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis leisten, gerade in solchen Organen wie dem Schulrat und der Sozialhilfebehörde und nochmals andere Ideen und Blickwinkel einbringen. Die Fraktion stimmt der Wählbarkeits-Initiative damit zu resp. dass der Gemeinderat diese unterstützt.

Nina Eldridge, Mitte/GLP signalisiert, ihre Fraktion verstehe das Anliegen, welches vor allem kleinere Gemeinden hier äussern. Grundsätzlich ist die Mitte/GLP der Initiative nicht abgeneigt vor allem, weil jede Gemeinde selbst die Rahmenbedingungen festlegen kann. Sie möchte aber auch anmerken, dass es in der Fraktion ein Diskussionsthema war und es auch andere Stellschrauben gibt. So könnte man bei der Einbürgerung ansetzen, indem die Kosten und die Hürden für eine Einbürgerung gesenkt werden. Oder es könnten Zweckverbände zwischen den Gemeinden gefördert werden, um die Verwaltungen zu verschlanken und effizienter zu gestalten. Die Mitte/GLP stimmt der Gemeindeinitiative zu, jedoch mit den Bedenken, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, mehr Mandatsträger zu gewinnen.

Stephan Siegel, SVP führt aus, im Nationalstaat und vor allem in einem föderal und subsidiär organisierten Staat sei es wichtig und zwingend, dass gewisse Aufgaben von den Staatsbürgern selbst vorgenommen werden. Zu diesen Aufgaben gehören nach Ansicht seiner Fraktion die Primarschulratsaufgaben und die Aufgaben der Sozialhilfebehörde. Das Problem von Anwil ist ihrer Ansicht nach das Problem der kleinen Gemeinden im Kanton. Man muss ehrlich sein: Wenn man den Kanton Baselland von Null auf neu zeichnen würde, würde man nicht mit so vielen Gemeinden operieren. Das ist einfach so. Auch hier im Rat gibt es immer wieder Voten, wenn es um den Finanzausgleich geht, bei denen es heisst: «Wieso müssen wir da so viel bezahlen?». Da muss man ganz ehrlich sein. Es gibt einfach zu viele kleine Gemeinden. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber dieses Problem ist ein Problem der zu kleinen Gemeinden. Dass es das passive Wahlrecht im Jura, Neuenburg, Waadt und Fribourg schon gibt, findet der Redner keine gute Referenz, denn es geht dort auch immer weiter. Gerade vorhin wurde es ange-tönt und das Wort «Gemeinderat» ist bereits gefallen. Es ist klar, die, die das befürworten bleiben nicht beim Schulrat oder bei der Sozialhilfebehörde, daher lehnt die SVP dies ab.

Marc Schinzel, FDP erläutert, die FDP habe die Fragen intensiv diskutiert. Er kann vorwegnehmen, dass die Meinungen in der Fraktion geteilt sind. Sie spiegeln in gewisser Weise all das wider, was hier im Rat bereits gesagt wurde. Die FDP hat, das nimmt er ebenfalls vorweg, in dieser Frage Stimmfreigabe beschlossen. Jeder soll selbst entscheiden. Der Redner möchte kurz die Überlegungen der Fraktion darlegen. Es ist einerseits ganz klar, der Vorstoss kommt von Anwil, einer kleinen Gemeinde aus dem Oberbaselbiet. Dort fehlen Leute. Man kennt das Problem in den Gemeinden, dass Leute fehlen. Es ist wichtig, dass man einen möglichst breiten Pool von Leuten hat, die man in die Behörden, Schulrat und Sozialhilfebehörde, entsenden kann. Auf der anderen Seite gibt es in der Fraktion Personen, die sagen, es sei so wie beim Bürgerrecht. Wenn man irgendwo aktiv in einer Behörde teilnehmen möchte, dann sollte man das Bürgerrecht haben. Es gibt auch hoheitliche Entscheide. Es gibt Entscheide im Schulrat, die verfügt werden und es gibt natürlich auch Entscheide in der Sozialhilfebehörde. Das sind nicht nur beratende

Gremien. Es gibt Stimmen, die sagen, man sollte das Bürgerrecht haben, um dort hoheitliche Akte / Verfügungen vorzunehmen. Was man aber seiner Meinung nach sagen kann ist, dass das Vorgehen den Gemeinden sehr viel Freiraum lässt. Wenn diese Initiative zustande kommt, geht sie in den Landrat und dann stimmt man allenfalls einmal darüber ab. Wenn das alles zustande kommt, kann immer noch jede Gemeinde diskutieren und entscheiden, ob sie das bei sich einführen möchte oder nicht. Was auch wichtig ist: Selbst wenn man es einführt, hat man noch Freiheit. Man hat nämlich die Freiheit, und das findet er auch sehr sinnvoll, dass man auf eine gewisse Niederlassungsdauer Wert legt. Dass es z.B. nicht reicht, wenn jemand einmal ein Jahr hier ist. Auch dort kann man klar sagen: Wollen wir das befürworten, dann wollen wir Personen, die effektiv in dieser Gemeinde Wurzeln geschlagen haben und auch nur so die lokalen Verhältnisse gut beurteilen können. Es gibt also sehr viel Spielraum. Aus diesem Grund gibt die FDP Stimmfreigabe. Die Fraktionsmitglieder entscheiden, ob Ja oder Nein.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Sie kann alle Überlegungen verstehen. Im Gemeinderat wurden diese ebenfalls ausführlich diskutiert. Man kann wirklich unterschiedlicher Meinung sein. Dem Gemeinderat ging es darum, dass man den kleinen Oberbaselbieter Gemeinden, also nicht nur denen, auch den anderen, aber diese sind vor allem interessiert, eine Möglichkeit schafft, etwas an der Personalsituation zu ändern. Das heisst nicht, dass man es in Binnigen machen muss, wie dies Marc Schinzel bereits ausgeführt hat. Es geht wirklich nur darum, eine Möglichkeit zu schaffen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Zu den beiden angesprochenen Aspekten: Dass man die Einbürgerungen vereinfachen sollte, ist der eine Teil. Man hat gesehen, dass der Landrat die Senkung der Mindestdauer erst kürzlich abgelehnt hat. Die Einbürgerung zu vereinfachen ist nicht immer ganz so einfach, aber es wäre natürlich der richtige Weg. Die andere Variante, dass man mehr in Zweckverbänden arbeitet, hat auch eine Schattenseite. Denn Zweckverbände sind letztlich der demokratischen Mitbestimmung der Bevölkerung entzogen. Es gibt viele Leute, die sagen, Zweckverbände seien nicht sinnvoll, denn da hat man gar nichts mehr damit zu tun. Viele Aspekte spielen eine Rolle. Für den Gemeinderat war ausschlaggebend, dass er den Gemeinden, die von diesem Problem betroffen sind, eine Möglichkeit geben wollte, eine Lösung zu finden. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die zuständige Gemeinderätin dankt daher für die Zustimmung.

ABSTIMMUNG

Zustimmung zur Initiative: 22 JA / 13 NEIN (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat stimmt der Gemeindeinitiative «Wählbarkeits-Initiative» mit folgendem Wortlaut zu:

Nichtformulierte Gemeindeinitiative zur Änderung der Kantonsverfassung zur Wählbarkeit von Einwohnenden mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) in den Schulrat und die Sozialhilfebehörde ihrer Wohnsitzgemeinde ("Wählbarkeits-Initiative")

I. Gestützt auf § 49 Abs. 1 der basellandschaftlichen Kantonsverfassung stellen die unterzeichnenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft folgendes Begehren (nichtformulierte Initiative nach § 28 Abs. 3 KV und § 65 Abs. 1 GPR):

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft sei so zu ändern, dass den Gemeinden die Kompetenz zufällt, mittels Anpassung ihrer Gemeindeordnung vorzusehen, dass Einwohnende mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C), die zudem seit einer von den Gemeinden selbst zu bestimmenden Anzahl Jahre (Mindestaufenthaltsdauer) ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, in die Sozialhilfebehörde und den Schulrat der Gemeinde gewählt werden können, bzw. in den gemeinsamen Schulrat oder die gemeinsame Sozialhilfebehörde, an welchen die Gemeinde beteiligt ist.

- II. *Federführend ist die Gemeinde Anwil, Schulweg 79, 4469 Anwil.*
- III. *Der Einwohnerrat ermächtigt den Gemeinderat gemäss § 81c GPR, dieses Begehren jederzeit vorbehaltlos zurückzuziehen.*

Bushaltestelle «Schwimmhalle», Überprüfen der Verkehrssicherheit

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP erläutert, die FDP setze sich nicht nur für ausgezeichnete Bildung ein, sondern auch für sichere Wege zur jeweiligen Bildungsinstitution. Es ist daher wichtig, dass die neuen Bushaltestellen nicht nur behindertengerecht, sondern auch für alle Verkehrsteilnehmer ausreichend sicher sind. Nach Beurteilung der Fraktion ist diese Verkehrssicherheit bei der neu geplanten Bushaltestelle «Schwimmhalle» nicht ausreichend. Aus diesem Grund haben sie vor einem Jahr vom Gemeinderat gefordert, dass die Situation bei der Haltestelle mit den zuständigen Fachleuten nochmals eingehend geprüft wird. Der revidierte technische Bericht des externen Ingenieurbüros liegt jetzt vor. Die FDP ist aber etwas enttäuscht. Der revidierte technische Bericht hat auf Seite 6 gerade einmal zwei mickrige neue Paragraphen. Sie möchten bezweifeln, dass hier wirklich eine erneute, eingehende Prüfung stattgefunden hat. Der Auftrag des Einwohnerrats an den Gemeinderat vom letzten Jahr ist klar. Er fordert die Beurteilung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Im revidierten Bericht ist nur die Rede von der Sicherheit der Schüler/innen sowie Fussgänger/innen. Die Sicherheit der weiteren Verkehrsteilnehmer wie Velos, Motorräder oder Autos wird vom Gemeinderat ignoriert. Die Sicherheitsbedenken, die die Fraktion vor einem Jahr geäussert hat, wurden nicht erkannt.

Die sogenannte verkehrsberuhigende Massnahme an der Einmündung in den Kugelfang macht aufgrund der Fahrbahnverengung ein Kreuzen des haltenden Buses unmöglich. Die Rabatte an der Einmündung «Im Kugelfang» soll zwar die Sicht auf den talwärts fahrenden Verkehr verbessern, aber stellt vor allem ein Hindernis dar. Hält also ein 61er Bus an der Haltestelle bei der Schwimmhalle bergwärts in Richtung Drissel, so kommt der Verkehr in alle Richtungen, das heisst bergwärts und talwärts auf der Benkenstrasse vom Erdbeergraben und im Kugelfang zum Erliegen. Die FDP erachtet die unnötige Verengung auf der Höhe der Bushaltestelle bergwärts daher als unsicher, da es zu gefährlichen Kreuzungsmanövern vom talwärts fahrenden Verkehr kommen könnte. Die Schüler und Pendler auf ihren Velos, Cargo-Bikes und Scootern werden wohl kaum warten, bis sich der Stau aufgelöst hat. Sie werden versuchen, die stehenden PKWs irgendwie zu überholen. Man kann darum nur hoffen, dass diese Befürchtungen nicht eintreffen. Noch eine Bemerkung fürs Protokoll: Auf Seite 9 des revidierten Berichts hat sich in Kapitel 4.2 ein wahrscheinlich relevanter Fehler eingeschlichen. Es sollte beim Kostenvoranschlag für den Umbau sämtlicher Haltekanten wohl sechs Nullen gestrichen werden. Umbaukosten von insgesamt 1 198 100 Mio. Franken, also 1,198 Billionen Franken würden wohl die Gemeindefinanzen sprengen.

Rahel Amacker, Mitte/GLP dankt namens der Mitte/GLP dem Gemeinderat für den kurzen Bericht über die geplanten Massnahmen zum behindertengerechten Ausbau der Bushaltestelle «Schwimmhalle» und nimmt diesen zur Kenntnis. An diesem Ort kommen verschiedene Verkehrsteilnehmende zusammen. Bus, Autofahrer, Velofahrerinnen, Fussgänger und besonders auch Schülerinnen und Schüler. Ein genaues Hinschauen und Überprüfen der Verkehrssituation ist und bleibt daher wichtig. Die Fraktion begrüsst die durchgeführte Begutachtung und das Ergebnis davon, dass die Verkehrssicherheit für die

Schülerinnen und Fussgänger durch die geplanten und bereits vorhandenen Geschwindigkeitsreduzierungsmaßnahmen deutlich verbessert wird. Gerne würde die Mitte/GLP in diesem Zusammenhang vom Gemeinderat noch erfahren, wie weit der behindertengerechte Ausbau der Bushaltestellen entlang dem 61er Bus sowie generell auch an den anderen Haltestellen des öffentlichen Verkehrs in Binningen fortgeschritten ist.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für den Bericht. Der behindertengerechte Umbau und Ausbau von Haltestellen der Linie 61 ist unbedingt nötig und sollte auch schon fertig sein, eidgenössisch gesehen. Umso mehr begrüsst die Grüne/EVP, dass es jetzt gemacht wird. Auch wenn es nicht billig ist, 13 Haltestellen anzupassen für Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren, ist es eine gute Sache. Dass der Gemeinderat sich für die Verkehrssicherheit einsetzt, ist auch richtig. Gerade bei der fraglichen Haltestelle hat es natürlich viele Kinder und Jugendliche, die die Schwimmhalle benützen, den Sportplatz und die Schule. Daher ist es doppelt wichtig, die Überquerung der Benkenstrasse übersichtlich zu gestalten. Eine Fussgängerinsel macht nach Ansicht der Fraktion für sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer Sinn. Für die Langsamen, wie für die Schnellen. Positiv ist ihnen auch aufgefallen, dass es eine Begrünung der Personenunterstände geben wird. Das hilft, die Hitze beim Warten zu mildern und kann auch sensibilisieren, Dachbegrünungen auch für Private auf ihren Anlagen zu bauen. Beides erachten die Grünen/EVP für eine gute Aufgabe des Gemeinderats, sowohl die Sensibilisierung wie das Bremsen von Erwärmungen. Die Haltestelle in Richtung der Rabatte im Kugelfang zu verschieben, ist für sie kein Problem. Es zeigt einmal mehr wie gut es ist, dass es überhaupt Begrünungen entlang der Strassen gibt.

Hubert Steffen, SVP äussert, die SVP bedanke sich beim zuständigen Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die nochmalige Überprüfung der Verkehrssicherheit hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Die Fraktion kann die vorgelegten Argumente durchaus verstehen. Gemäss Behindertengleichstellungsgesetz hätte der Umbau der Bushaltestellen bis Ende 2023 abgeschlossen werden sollen. Das Gesetz ist bereits seit dem 1.1.2004 in Kraft, notabene 20 Jahre, und die Gemeinde ist nicht fähig, diesen Termin einzuhalten. Bis heute wurden die Arbeiten noch gar nicht aufgenommen. Wie bei fast allen Investitionsprojekten dauert es unverhältnismässig lange bis die jeweiligen Arbeiten aufgenommen werden. Die SVP kann nicht verstehen, wie das immer so lange dauern kann und woran es liegen könnte. Die Fraktion hätte gerne eine Stellungnahme für diese Verzögerungen.

Erik Schellenberg, SP informiert, die SP habe das Geschäft geprüft und nehme wie folgt Stellung. Die Anpassung der Infrastruktur, um Behinderten und Benachteiligten ungehinderten Zugang zu geben, ist überfällig. Die Fraktion begrüsst eine speditive Anpassung. Speziell in der Umgebung von Schul- und Sportanlagen ist ein gutes und sicheres Angebot enorm wichtig. Der Spielraum für eine Gestaltung der Bushaltestelle ist jedoch eingeschränkt durch Tempovorschriften und die Anforderungen an den Fahrplan der Buslinie 61. Die SP sieht, dass das Verbesserungspotenzial ziemlich ausgeschöpft ist und nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Sie möchte den Vorwurf der FDP zurückweisen, dass man dies nicht seriös geprüft habe, weil nur zwei Sätze dazu stehen. Es wurde sehr seriös geprüft, aber es wurde darauf verzichtet, nochmals einen ausführlichen Bericht dazu zu schreiben, was letztlich im Ergebnis auf das Gleiche gekommen wäre. Man hat es nochmals sehr seriös angeschaut und die Anliegen aus der letzten Sitzung aufgenommen. Die Fachleute sind aber nach wie vor der Meinung, dass die Sicherheit gewährleistet ist, so wie es jetzt angedacht ist. Auf die Frage der Mitte/GLP bzgl. dem Stand des Ausbaus antwortet die zuständige Gemeinderätin wie folgt. Insgesamt gibt es sieben Standorte, 14 Haltestellen. Mittlerweile sind es 14 und nicht 13 Haltestellen, da man die eine Haltestelle oben am Neubadrain an der Paradiesstrasse im Zuge der Sanierung des Neubadrains machen wollte. Es gab aber eine Einsprache, daher konnte man diese noch nicht umsetzen. Die Umsetzung ist aus diesem Grund blockiert. Es sind also 14 Haltestellen, sieben Standorte, die man umrüsten muss.

Im Frühling wird die Ausschreibung starten und im Sommer soll mit den effektiven Umbauten gestartet werden. Es reicht vielleicht nicht mehr ganz, dass die Gemeinde im Jahr 2024 fertig wird, wie es ursprünglich geplant war als der Kredit von 1,19 Mio. Franken im letzten Jahr abgeholt wurde. An dieser Stelle bedankt sich die zuständige Gemeinderätin für den Hinweis der FDP. Es ist natürlich ein Fehler. Spätestens Anfang 2025 sollte die Umrüstung fertig sein. Auf die Frage der SVP, warum es so lange dauert, erklärt sie, dies sei eine berechnete Frage, die man rund herum überall stellen könnte. Es kostet halt und wie es so ist mit Fristen, man zögert es so lange raus, bis man das Messer am Hals hat und wenn das Blut zu spritzen beginnt, dann macht man etwas. Sie hat den Eindruck, dass die Menschen diesbezüglich alle gleich unterwegs sind. Auch hier in Binningen hat man vielleicht etwas zu lange gewartet bis man sich effektiv daran gemacht hat. Aber man ist bemüht, dies nun zu machen. Es gibt Kantonsstrassen in der Gemeinde. Dort wird es letztlich noch viel länger dauern, bis sie umgerüstet sind. Der Gemeinderat macht, was er kann. Wenn es gut läuft, schafft man es dieses Jahr noch, aber spätestens Anfang nächstes Jahr ist man dann fertig.

Marc Schinzel, FDP findet, es sei klar. Der Gemeinderat hat diese Prüfung wirklich nochmals gemacht. Das sieht man. Es wurde auch ausgewiesen. Dafür bedankt er sich. Es ist auch klar, dass es die Anpassungen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz braucht. Allerdings muss er sagen, er wohnt schon lange in dieser Gegend. Er hat einmal unten, einmal oben an dieser Stelle gewohnt. Die Stelle ist sicherheitsmässig wirklich höchst problematisch. Er wie auch sein Vorredner in der Fraktion haben Bedenken, dass die Sicherheit mit diesem Konzept gewährleistet werden kann. Es wird einfach sehr, sehr eng. So wie es ausgestaltet ist in diesem Plan, ist es enorm eng. Man muss es sich nur anschauen. Mit der Verschiebung der Bushaltestelle Richtung Drissel nach oben wird es noch enger. Mit der Verkehrsinsel, die für den Fussgängerstreifen gut sein mag, gibt es ein weiteres Hindernis an einem Engnis. Das ist wirklich problematisch. Diese Stelle ist eigentlich sehr schlecht geeignet für diese Bushaltestelle. Das muss man einfach sehen. Was vor allem wichtig ist, man denkt immer: «Ja, wenn sich alle korrekt verhalten, dann geht es schon.». Aber so funktioniert der Verkehr nicht, vor allem nicht bei den Schulen. Wenn Schülerinnen und Schüler z.B. mit dem Velo kommen, dann läuft es halt nicht so, dass die sich immer spurentreu verhalten. Wenn man von oben nach unten kommt oder einbiegt oder auch aus dem Erdbeergraben kommt und die Kurve etwas weniger eng nimmt, dann wird es plötzlich problematisch. Der Redner hat grosse Bedenken, ob man mit diesem Konzept die Sicherheit hinbekommt, die allen Anwesenden am Herzen liegt. Es ist ein Hotspot der Schulen. Man kann nicht damit rechnen, dass Kinder sich immer regelkonform verhalten.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 162

Motion GRPK: Berichterstattung der Behörden

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP signalisiert, die Grüne/EVP freue sich, dass der Gemeinderat das Informationsbedürfnis der GRPK und des Einwohnerrats teilt und die Missverständnisse beseitigt werden konnten. Der Gemeinderat stellt dem Rat nun also zwei verschiedene Textvorschläge für das Verwaltungs- und Organisationsreglement vor. Einmal vom Einwohnerrat gewählte Behörden mit Wahlbüro und einmal ohne mit dem Hinweis auf das Gemeindegesetz, wonach die Oberaufsicht über das Wahlbüro beim Gemeindepräsidium stehe und ein Rechenschaftspflicht heikel sei. Stirnrunzelnd hat sie sich bei dieser Begründung gefragt, wie heikel es denn ist, wenn bei den Gemeindepräsidiumswahlen die Oberaufsicht beim Gemeindepräsidium liegt, wenn das Präsidium auch die Aufsicht über die Wahlbehörde hat. Aber das möchte sie nun beiseitelassen. Lieber möchte die Votantin folgendes in Erinnerung rufen: Gewählt wird das Wahlbüro inkl. Präsidium vom Einwohnerrat und die Stimmenzähler und Stimmerzählerinnen werden vom Gemeinderat gewählt. Es ist also eine gemeinsame Kommission von Exekutive und Legislative, genauso wie bei den Delegierten der Versorgungsregion.

Für die Bevölkerung ist es hilfreicher, Berichte, wie sie der Rat gerne möchte, aus allen Gremien in einem Aufwasch zu erhalten, ob jetzt von Exekutive oder Legislative oder wo sonst noch Rechenschaftspflicht angesiedelt ist. Mit solchen Berichten von den Binninger politischen Entscheiden, Diskussionen und auch Art und Umfang dieser Arbeit können sich die Einwohner und Einwohnerinnen auch ein Bild machen, was mit ihren Steuergeldern alles gemacht wird. Vielleicht machen diese Informationen ja auch Lust auf einen Einsatz in der einen oder anderen Behörde, Kommission oder sogar im Einwohnerrat sowohl für Bürger/innen wie auch für Einwohnende mit Ausweis C allenfalls einmal. Das ist ein Grund, warum ihre Fraktion die Variante mit der expliziten Erwähnung des Wahlbüros bevorzugt. Sie sehen dies auch als Recht an, informiert zu werden. Zumindest einmal im Jahr. Die Grüne/EVP wird also bei Antrag 1 der Variante mit der zusätzlichen Nennung des Wahlbüros und auch den Anträgen zwei und drei zustimmen.

Christoph Daniel Maier, FDP kann sich im Grunde genommen den vorgebrachten Argumenten seiner Vorrednerin anschliessen. Auch die FDP würde es begrüessen und wird unterstützen, dass das Wahlbüro ebenfalls miteingeschlossen wird in die neue Berichtspflicht. Ob sich, wie dies der Kanton sehen will, alleine durch die Berichtspflicht eine echte Rechenschaftspflicht ergibt, wie sie natürlich einzig und alleine der Oberaufsicht zusteht, die beim Gemeinderat liegt, das kann man seiner Ansicht nach auch anders sehen. Er glaubt, alleine dadurch, dass man einen Bericht an die Wahlbehörde abgibt, führt dies nicht dazu, dass eine Rechenschaftspflicht, die lediglich der Oberaufsichtsbehörde zustehen würde, gegeben ist. Diese Unterscheidung scheint dem Redner in diesem Zusammenhang wichtig. Ein schönes Argument seiner Vorrednerin darf er auch aufnehmen. Es ist nicht nur im Sinne der Transparenz der Tätigkeit der Behörde an sich, sondern überhaupt, dass nach aussen dringt, was diese Behörde in den vier Jahren macht, in denen sie gewählt ist. Dadurch wird auch für die Bevölkerung nachvollziehbar, welche wertvolle Arbeit im Dienst der Gemeinschaft von diesen Behörden geleistet wird. Das ist vielen gar nicht bewusst und kann vielleicht zu etwas mehr Verständnis für die Arbeit dieser Mitbürger und Mitbürgerinnen führen. In diesem Sinn denkt er, man sei gut bedient, wenn man hier in Zukunft grössere Transparenz und vielleicht dadurch auch etwas mehr Verständnis für diese Behörden bekommt, indem man jährlich von diesen einen Bericht erhält. Die FDP unterstützt die Anträge eins bis drei einstimmig.

Rahel Amacker, Mitte/GLP spricht sich namens der Mitte/GLP für die Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements der Gemeinde Binningen aus und wird den Anträgen des Gemeinderats folgen. Eine jährliche Berichterstattung über die jeweiligen Tätigkeiten der gewählten Behörden schafft Transparenz und ermöglicht dem Einwohnerrat, seine Aufsichtspflicht besser wahrzunehmen. Ob die heute sehr kleine Fraktion das Wahlbüro miteinschliessen wird oder nicht, wird sie entscheiden, nachdem sie alle Voten und auch die Stellungnahme des Gemeinderats gehört hat.

Christian Schmid Fabini, SVP ist etwas erstaunt über den Vorschlag des Gemeinderats. Die SVP hätte eine Umsetzung, die näher an der Motion der GRPK ist, erwartet. Da die Fraktion aber trotzdem zumin-

dest eine kleine Veränderung erreichen möchte und durchaus kompromissbereit ist, werden die Fraktionsmitglieder der Reglementsanpassung zustimmen und den Antrag der FDP unterstützen.

Richard Bräunlich, SP erklärt, die SP begrüsse, dass die Behörden einen Bericht schreiben. Damit besteht Transparenz, was sie gemacht haben und die ganze Bevölkerung sieht, was geleistet wird. In Bezug auf das Wahlbüro ist die Fraktion ebenfalls gespannt, was vom Gemeinderat dazu gesagt wird. Sie sehen allerdings schon auch die Bedenken, dass das Wahlbüro nicht wirklich vom Einwohnerrat gewählt wird und dieser dadurch vielleicht auch nicht bestimmen kann, dass hier ein Bericht geschrieben wird. Aber man könnte vielleicht eine Empfehlung abgeben. Die SP wird das Votum des Gemeinderats abwarten und dann entscheiden.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP dankt für die Rückmeldungen. Vielleicht eine kleine Korrektur zum letzten Votum von ihrem Kollegen aus der SP. Der Einwohnerrat wählt tatsächlich das Wahlbüro. Sie wüsste nicht, wer es sonst machen sollte. Der Unterschied ist aber, dass das Wahlbüro keine Behörde ist und auch keinen Ermessensspielraum hat, sondern letztlich relativ buchstabengetreu das vollzieht, was im Gesetz über die politischen Rechte steht. Anders als die Sozialhilfebehörde und der Schulrat hat das Wahlbüro keine behördlichen Kompetenzen und kann keine Entscheide fällen, bei denen es irgendeinen Spielraum gibt, den man zu Gunsten oder zu Ungunsten der Bevölkerung ausloten kann. Das Wahlbüro ist letztlich gemäss Gemeindegesetz ein Hilfsorgan. Das tönt etwas despektierlich, ist aber überhaupt nicht so gemeint. Gemäss Gemeindegesetz ist es ein Hilfsorgan, das das vollzieht, was im Gemeindegesetz resp. im Gesetz über die politischen Rechte steht, wie man die Stimmen auszählt. Ob das Wahlbüro dem Einwohnerrat darüber berichtet, wie viele Male es antraben musste, wie die Sache abgelaufen ist – man mag sich an die National- und Ständeratswahlen erinnern, wo es nicht ganz so super gelaufen ist – oder ob das Wahlbüro dies nicht macht, der Gemeinderat ist der Empfehlung des Kantons gefolgt.

Der Kanton hat im Rahmen der Vorprüfung gesagt, man solle dies rausnehmen, weil die Aufsichtsregelung eine andere sei. Aber wenn der Einwohnerrat darauf besteht, dass das Wahlbüro dem Rat einmal im Jahr berichtet, was es alles gemacht hat an seinen Abstimmungswochenenden, dann ist dies dem Gemeinderat eigentlich relativ egal. Wenn die Ratsmitglieder darauf Wert legen, dann sollten sie sich diesen Bericht erstatten lassen. Der Gemeinderat hat letztlich nichts damit zu tun. Das Wahlbüro muss den Bericht erstellen. Der Gemeinderat nimmt diesen auch einfach im Rahmen der Einwohnerratssitzung zur Kenntnis. Der Gemeinderat ist wie gesagt der Empfehlung der Vorprüfung gefolgt und kann das Argument nachvollziehen. Aber wenn der Rat anders entscheidet, ist dies dem Gemeinderat relativ egal. Das ist vielleicht etwas brutal ausgedrückt. Die Votantin möchte noch eine Bemerkung äussern zum Thema, dass das Gemeindepräsidium die Aufsicht über das Wahlbüro hat, auch wenn es um die Präsidiumswahl geht. Das war schon immer so. Es war noch nie ein Thema. Vielleicht haben es einige Personen erst jetzt gemerkt, dass es so ist. Aber es war schon immer so und war noch nie ein Problem. Es ist auch nicht so, dass das Präsidium am Wahlsonntag oder am Wahlwochenende bei der Auszählung herumhüpft und überall schaut, was passiert. Im Gegenteil. Wie bei den Wahlbüromitgliedern und Stimmezählenden auch, schaut man, dass die, die von den konkreten Wahlen betroffen sind, dort nicht zählen und nicht anwesend sind. Die Gemeindepräsidentin wird im konkreten Fall ebenso wenig anwesend sein, wie es bei den letzten beiden Gesamterneuerungswahlen Mike Keller war. Daher kann man dem ihrer Ansicht nach relativ gelassen entgegensehen.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP dankt der Gemeindepräsidentin für die Ausführungen. Sie hat einen zusätzlichen Aspekt in die Diskussion gebracht. Nämlich nicht den Aspekt, der vom Kanton angemerkt wurde, dass es eine Frage des Aufsichtsorgans sei, sondern dass der Jahresbericht wahrscheinlich sehr langweilig sein wird, weil das Wahlbüro gar keinen wesentlichen Handlungsspielraum hat. Es scheint dem Votanten eine vernünftige Abwägung zu sagen, es ist kein besonders spannender Jahresbericht. Dem steht einfach das Gewicht der Demokratie oder der Wertschätzung der demokratischen Institutionen entgegen. Das ist ein hohes Gut und daher ist das Gewicht für ihn immer noch stärker, dass das

Wahlbüro Auskunft gibt, auch wenn es keinen grossen Handlungsspielraum hat. Dass sie trotzdem über ihren Geschäftsverlauf Auskunft geben, dorthin verschiebt er das Gewicht. Er findet die Überlegung aber sehr gut im Gegensatz zur Argumentation des Kantons. Dass man sagt, wenn man die Notwendigkeit dieses Berichts in Frage stellt, ist es eher das, dass das Wahlbüro gar nichts gross entscheiden kann.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP ist etwas enttäuscht. Sie dachte eigentlich, so wie es geschrieben stand, dass sich das Missverständnis zwischen dem Gemeinderat und dem Wunsch der GRPK gelöst habe. Trotzdem hört sie wieder die Begriffe «Aufsichtspflicht» und «Berichterstattung». Selbstverständlich kann jedes Gremium, wie der Primarschulrat, der Musikschulrat und auch das Wahlbüro berichtet immer wieder einmal im Binninger Anzeiger. Aber das ist stückweise, immer wieder ein bisschen. Eigentlich war der Wunsch, dass man alles zusammen, mindestens einmal jährlich in einem Bericht hat. Viele Kommissionen können gar nicht so viel berichten, weil sie einer Geheimhaltung unterliegen. Die Sozialhilfebehörde wird möglicherweise gerade noch über die Anzahl Sitzungen oder so berichten können. Gewisse Informationen kann man in einem solchen Bericht gar nicht herausgeben, aber die Bevölkerung wird informiert, was mit ihrem Geld gemacht wird. Das findet die Rednerin wichtig und daher sieht sie es nicht als Aufsichtsbericht, da man eine Aufsichtspflicht hat, sondern sie würde es als Dienstleistung ansehen. So war es eigentlich auch gemeint.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Als erstes möchte er die beiden Varianten untereinander ausmehren. Wer den grün markierten Text von § 2a annehmen möchte: «Sämtliche vom Einwohnerrat gewählten Behörden sowie das Wahlbüro unterbreiten dem Einwohnerrat jeweils bis Ende Mai einen Tätigkeitsbericht über das verflossene Geschäftsjahr», der stimmt JA. Wer den gelb markierten Text bei § 2a annehmen möchte, ohne Wahlbüro, stimmt NEIN.

Ausmehren

Variante «grün»: 29 JA

Variante «gelb»: 3 JA

2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

Genehmigung Teilrevision mit Variante «grün»: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

Inkraftsetzung per 1. August 2024: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

Abschreibung Motion: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements gemäss Entwurf auf Seite 2 des vorliegenden Berichts (Variante grün).
 - ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung des teilrevidierten Verwaltungs- und Organisationsreglements per 1. August 2024.
 - ://: 3. Die Motion 162 der GRPK wird als erledigt abgeschrieben.
-

Traktandum 6

Gesch. Nr. 170a

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Generalplaner – Chancen und Risiken?

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP fragt die Stellvertretung des Interpellanten, ob sie von der Antwort des Gemeinderats befriedigt ist oder ob Diskussion gewünscht wird.

Daniel Setz, FDP dankt im Namen des Interpellanten für die Antworten zu seinen Fragen. Die Fraktion nimmt diese zur Kenntnis und wird sie vielleicht in Zukunft anderweitig wieder einbringen. Diskussion wird aber nicht gewünscht.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 181

Postulat N. Eldridge, Mitte/GLP: Erneuerung Turnhallenboden Spiegelfeld

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Nina Eldridge, Mitte/GLP erläutert, in Binningen soll es genügend attraktive und sichere Sportinfrastrukturen geben. Dazu gehört auch ein angemessener Unterhalt der bestehenden Infrastrukturen. Mehrere Jahre beim Hallenboden keine oder zu wenig Massnahmen zu ergreifen, erachtet die Mitte/GLP als ungenügend. Der Boden weist Mängel auf, so z.B. Risse und Unebenheiten, welche sich in den kommenden Jahren nur noch verschlimmern werden und dann ein Unfallrisiko darstellen. Der Fraktion ist bewusst, dass eine vollständige Erneuerung des Turnhallenbodens vor der Sanierung des Dachs und der Gesamtsanierung wohl wenig Sinn macht. Die Vereine, die die Halle neben der Schule benutzen dürfen, gehen davon aus, dass der Boden nicht durchhalten wird bis zur Gesamtsanierung. Daher möchten sie früh genug reagieren und eine Lösung finden, um die Zeit zu überbrücken, damit man die Turnhalle bis zur Gesamtsanierung auch als solche nutzen kann. Aus diesem Grund spricht sich die Mitte/GLP-Fraktion klar für die Überweisung, aber gegen die Abschreibung aus. Sie möchten vom Gemeinderat eine detaillierte Untersuchung, welche Verbesserungen konkret möglich sind und was diese kosten würden. Beispielsweise würden sie gerne wissen, was eine punktuelle oder flächendeckende Sanierung des Bodens kosten würde. Die Mitte/GLP bittet auch die anderen Fraktionen, ihrem Antrag zu folgen. Sie sind überzeugt, für die Vielzahl an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die die Halle gerne und möglichst unfallfrei nutzen möchten, sollte die Gemeinde zumindest eine solche Überprüfung vornehmen.

Kevin Lancashire, FDP erklärt, Sicherheit sie auch der FDP extrem wichtig, speziell wenn es um unsere Kinder und Vereine geht. Die Fraktion ist aber der Meinung, dass der Gemeinderat mit den korrektiven Massnahmen, die er eingeleitet hat, die Sicherheit in den Turnhallen eins, zwei, drei im Spiegelfeld gewährleistet. Er hatte dort selbst Turnunterricht und sein Sohn ist seit drei Jahren dort. Der Redner hat sich das Ganze heute angeschaut und die Unebenheiten sind seines Erachtens nicht mehr existent. Die Deckel sehen aus, wie der Deckel hier im Kronenmattsaal. Man muss sie einfach richtig schliessen. Das ist der erste Punkt. Zweitens: Wellen und Risse konnte er keine grösseren feststellen. Aus diesem Grund plädiert die FDP dafür, wie richtig gesagt wurde, dass man das Wichtige, also die Risikominimierung,

sehr ernst nimmt – das ist im Moment gewährleistet –, aber dass es keine Dringlichkeit hat und keine unmittelbare Gefahr darstellt. Ein Erdbeben wäre z.B. eine Gefahr, die der Redner längerfristig eher genauer anschauen würde. Aus diesem Grund wird die Fraktion der Überweisung des Geschäfts unter der Bedingung, dass man das Geschäft abschreibt, zustimmen.

Karin Glaser, Grüne/EVP führt aus, die Grünen/EVP finden es immer wieder besorgniserregend, wie Sanierungen auf die lange Bank geschoben werden. Generell macht es natürlich Sinn, eine Gesamt-sanierung abzuwarten. Aber irgendwie ist die ganze Geschichte bereits sehr alt und auf diese Sanierung muss man wirklich auch schon lange warten. Vor ca. 3,5 Jahren im Jahr 2020 wurde ein Kredit gesprochen und sagenhafte zwei Jahre später wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt inkl. einer Kostenschätzung von +/- 25 Prozent. Das ist ein Viertel des Preises. Die Votantin findet dies höchst ungenau. Anscheinend – sie weiss es nicht. Sie hat sich das Ganze nicht angeschaut – wurde der Turnhallenboden provisorisch, wie so viel provisorisch gemacht wird, geflickt und beim Dach regnet es auch nicht mehr rein. Die Fraktion möchte gerne wissen, wann im 2024 der Gemeinderat das weitere Vorgehen kommunizieren will resp. was er hier vorhat und wie genau. Man befindet sich bereits im Jahr 2024. Die Grünen/EVP hoffen einfach, dass es nicht Dezember wird, sondern in näherer Zeit passiert. Dann könnte man die Sache auch wirklich angehen. Erfreut ist die Fraktion nicht über diese Sache, daher wird sie das Postulat überweisen, aber nicht abschreiben.

Olivier Kremo, SVP teilt mit, die SVP werde dem Gemeinderat folgen. Die Fraktion anerkennt den Sanierungsbedarf, sieht aber gleichzeitig keine Notwendigkeit für Sofortmassnahmen. Die Sicherheit ist aus ihrer Sicht gewährt. Da der Planungskredit in diesem Jahr erwartet werden kann, sieht die SVP Sofortmassnahmen als eine überflüssige Investition an.

Lewin Lempert, SP möchte sich zuerst bei der Urheberin des Postulats dafür bedanken, dass jetzt darauf geachtet wird seitens Gemeinderat. Es ist genauso, dass Sofortmassnahmen ergriffen wurden. Er findet, dies sei der Haupterfolg des Postulats. So wie seine Fraktion dies beurteilen kann, ist das schon eingetreten. Und zwar wurden die wichtigsten oder grössten Mängel, die man ohne grossen Aufwand beheben konnte, behoben. Die SP sieht es sonst grundsätzlich ähnlich wie die FDP- und die SVP-Fraktion im Sinn, dass wenn sowieso eine Sanierungsvorlage kommt, dann lohnt es sich nicht, jetzt in einem aufwändigen Prozess abzuklären, wieviel die Sanierung des Turnhallenbodens kosten würde. Es ist ja auch immer Geld, das investiert wird. Aber es scheint ihm wichtig, an dieser Stelle den Vorbehalt zu äussern, wenn diese Sanierungsvorlage nicht bald kommt, dann muss man nochmals reagieren und nachhaken. Dafür ist seine Fraktion auch ausgesprochen bereit.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP kann dazu nur Folgendes sagen. Er war vor zehn Tagen Gast bei den Blau Boys an einem Samstagnachmittag. Das ist so Tradition, weil dann der Sponsoren-Apéro stattfindet. Der zuständige Gemeinderat wird jeweils eingeladen, weil sich Blau Boys natürlich ganz klar bewusst ist, was die Gemeinde für die Halle resp. für die Sportvereine aufwendet. Er war etwas enttäuscht und erstaunt, als er heute über Mittag den Radio angeschaltet und Nachrichten gehört hat. Es war nämlich nicht so, dass er vor zehn Tagen keinen Kontakt mit dem Präsidenten oder dem Kassier hatte. Sie haben sehr wohl über den Hallenboden gesprochen. Selbst die Zuständigen im Vorstand sind klar der Meinung, dass kein Notfall vorhanden ist. Es ist genau so, wie es Kevin Lancashire vorhin gesagt hat. Man muss halt die Deckel auch wieder so schliessen, wie sie geschlossen waren. Man kann nicht einfach nur die Stange rausziehen und ein Stoss unten an den Deckel geben. Dann steht es halt etwas ab.

Es ist dem Gemeinderat ganz klar, dass er dafür verantwortlich und zuständig ist, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Das ist kein Thema. Es besteht regelmässiger Kontakt. Im Spiegelfeld gibt es einen direkten Kontaktmann, der zuständig ist für die Sportanlagen und die Hallen. Er reagiert immer sofort, rapportiert an die Verwaltung und wenn etwas ist, wird sofort eine entsprechende Massnahme eingeleitet. Der Gemeinderat sieht den Sinn nicht. Und vor 10 Tagen war sich eigentlich auch der Vorstand der Blau Boys einig, dass eine Blitzaktion mit einem neuen Boden keinen Sinn macht, wenn man zuerst das Dach

sanieren muss. Danach muss der Boden selbstverständlich ersetzt werden. Es ist schön, dass ein Sponsor eingeschritten ist und einen neuen Mittelkreis gemacht hat. Eine Folie. Das können sich die Anwesenden im Internet anschauen bei den Blau Boys. Es sieht gut aus. Der Votant kann versichern, der Match, es war ein Damen 2. Liga Aufstiegs spiel, wurde rasant gespielt mit einer unglaublichen Geschwindigkeit. Binningen hat mit 31 zu 17 gewonnen, hat nach drei Spielen noch keine Niederlage und ist voll auf Aufstiegs kurs. Er weiss nicht, wie die Informationen quer laufen. Eine letzte Bemerkung noch. Die Schulen sind auch kontaktiert worden. Sie fanden, der Boden sei kein Problem. Selbstverständlich hat er Abnutzungen. Das ist nicht wegzuschieben. Aber der Gemeinderat wird bemüht sein, die Sicherheit zu gewähren. Wenn der Einwohnerrat entscheidet, dass Abklärungen gemacht werden müssen, dann heisst das einfach, dass die Halle mindestens drei Wochen geschlossen werden muss mitten in der Wettkampfzeit der Hallensportler.

Rahel Amacker, Mitte/GLP glaubt, es gehe hier nicht um eine Blitzaktion, bei der ein neuer Boden gefordert wird. Ihrer Fraktion ist wichtig, dass sie sich eine detailliertere Prüfung gewünscht hätten, in der dargelegt wird, wieviel eine Teilsanierung oder eine Sanierung des Bodens kosten würde. Damit man dies schwarz auf weiss hat. Ob man es dann umsetzt, ist eine andere Frage. Bis die richtige Sanierung kommt, vergehen aber mehrere Jahre. Man kennt es in Binningen. Viele Investitionen schieben sich noch ein bis zwei Jahre nach hinten. Das könnte hier auch passieren. Die Rednerin fände es daher gar nicht schlecht, jetzt eine Abklärung vorzunehmen. Vielleicht hält der Boden auch noch. Aber vielleicht hält er in zwei Jahren nicht mehr und dann kann man das Dossier wieder hervorholen, denn dann hat sich wahrscheinlich nicht viel geändert. Ihrer Fraktion geht es darum, dass sie gerne die Zahlen hätte, um sich etwas darunter vorstellen zu können, wie viel dies ungefähr kosten würde. Diese liegen momentan nicht vor, daher finden sie, dass ihr Postulat noch nicht abgeschrieben werden sollte, da sie einfach nicht ganz zufrieden sind mit der Antwort.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP möchte darauf hinweisen, dass ein Punkt vergessen geht. Es ist nicht nur die Sporthalle. Die Gesamtsanierung kommt für die ganze Halle, Sport- und Schwimmbhalle. Das Geschäft kommt dieses Jahr in den Gemeinderat. Er hofft, dass es reicht, dies noch im ersten Teil bis im Juni, solange er noch Mitglied des Gemeinderats ist, über die Bühne zu bringen. Aber sicher ist es im Verlauf dieses Jahres. Die meisten Abklärungen inkl. Nachhaltigkeitsprüfungen sind abgeschlossen. Die Unterlagen müssen nun alle aufbereitet werden und dann kommt das Geschäft in den Einwohnerrat mit einem Vorschlag zur Abholung eines Planungskredits.

Sirin Hauri, Grüne/EVP erklärt, so wie sie die Diskussion in ihrer Fraktion verstanden habe, ging es den Grünen/EVP ebenfalls darum, dass es nicht so schnell in Vergessenheit gerät und man es nicht einfach abschreibt, solange man nicht weiss, wann die Gesamtsanierung tatsächlich kommt. Die Votantin denkt auch nicht, und da spricht sie von ihrer persönlichen Meinung, dass es Sinn macht, einzelne Teile zu erneuern, solange die Sicherheit gewährleistet ist. Es ist ja trotzdem ein riesiger Aufwand an Material usw. Ihre Fraktion wollte das Postulat nicht abschreiben, damit es im Hinterkopf bleibt, aber nicht als Auftrag noch weitere Abklärungen zum jetzigen Zeitpunkt zu machen.

Christoph Daniel Maier, FDP darf das Votum von Sirin Hauri aus Sicht der FDP kommentieren. Seine Fraktion hat sich überlegt, zu was dies führen würde, wenn man das Postulat nicht abschreibt. Es könnte fehlinterpretiert werden. Es wurde hier bereits klar dargelegt, was der Gemeinderat als nächstes machen wird. Er wird das, an dem er bereits am Arbeiten ist und von dem der Rat das Resultat halt noch nicht weiss, dem Einwohnerrat im Laufe des Jahres vorlegen. Ein überholender Auftrag, wo man nochmals zusätzliche interimistische Sanierungskosten ermittelt, erachtet die FDP als absolut nicht zielführend. Die Fraktion ist gerne bereit, den Vorstoss zu überweisen. Aber wenn er nicht abgeschrieben werden sollte, würden sie einen Rückkommensantrag stellen, um nochmals auf die Überweisung zurückkommen zu können. Seine Fraktion würde es nicht als zielführend ansehen, wenn man jetzt hier noch einen überholenden Kostenvoranschlag für interimistische Massnahmen fordert für die im Moment

überhaupt nicht absehbar ist, ob sie überhaupt nötig sind. In diesem Sinn bittet er die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen und danach abzuschreiben.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP äussert, das Votum von Christoph Maier ehre ihn. Aber da man ja weiss, wie die ganzen politischen Entscheide und Abläufe funktionieren, wird es dieses Jahr in den Einwohner-rat kommen. Der Rat wird es an eine Kommission überweisen. Diese wird wahrscheinlich ein halbes Jahr bis ein Jahr darüber diskutieren. Dann wird es sicher teurer werden, sodass eine Volksabstimmung nötig wird. Unter fünf Jahren sieht sie es nicht und das ist wahrscheinlich schon relativ schnell, so wie die letzten paar Projekte bearbeitet wurden. Darum würde sie das Postulat nicht abschreiben. Sie sieht es auch nicht als überholend. Es wird im Kopf bleiben, dass es diesen Vorstoss noch gibt und man es anschauen muss. Ob der Boden in fünf Jahren noch so ist, dass man Kinder darauf spielen lassen kann, das bestreitet sie ein wenig.

Sven Inäbnit, FDP möchte einen Vorschlag zum Vorgehen machen. Scheinbar ist das Abschreiben bestritten. Das heisst, wenn die Postulanten die Abschreibung nicht möchten und dem nicht zustimmen, gibt es dort unterschiedliche Meinungen. Er schlägt daher vor, dass in einer ersten Phase über die Überweisung abgestimmt wird im Wissen, dass das Postulat von einer Mehrheit nicht abgeschrieben werden soll. Dann hätte man eine saubere Trennung. Alle könnten entscheiden, ob sie es überweisen möchten, wenn es danach nicht abgeschrieben wird, anstatt hier mit Rückkommensanträgen hin und her zu machen.

Der Präsident konnte dem Votum nicht ganz folgen. Es wurde darin zweimal von der Überweisung gesprochen. Er bittet den Redner, dies nochmals zu präzisieren.

Sven Inäbnit, FDP erklärt, es handle sich nur um einen Vorschlag. Er möchte zuerst über die Überweisung abstimmen und danach über die Abschreibung und nicht beides.

Simone Abt, SP ist etwas irritiert. Sie weiss nicht, ob ihr Vorredner seiner Ratsseite damit eine Empfehlung zur Abstimmung mitgeben wollte. Das kann sie nachvollziehen. Tatsächlich muss man, wenn man es auf jeden Fall abgeschrieben oder auf keinen Fall hängig haben möchte, jetzt so abstimmen, wie wenn es nicht abgeschrieben werden würde. Es gibt aber auch Personen im Rat, die möchten überweisen und abschreiben. Was machen die dann, wenn die Frage nach der Abschreibung vorweggenommen wird? Das findet sie nicht wahnsinnig schlau. Sie möchte dazu lieber nichts sagen und ganz normal abstimmen ohne irgendeine Vorbelastung. Irgendwie schwebt für sie nun ein ungutes Omen im Raum. Die, die einfach dem Gemeinderat folgen möchten, überweisen den Vorstoss und schreiben ihn ab. Und nun werfen x Leute, weil sie Angst haben, dass nicht abgeschrieben wird, das Ganze vom Tisch. Das macht keinen Sinn. Aber das ist ihre Meinung. Sie findet es etwas schade.

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, aus seiner Sicht mache das Vorgehen des Gemeinderats Sinn. Er möchte daher auch so abstimmen lassen. Wenn nicht abgeschrieben werden sollte und man ein Rückkommen möchte, kann man den entsprechenden Antrag dann stellen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 32 JA / 3 NEIN (Abstimmung 08)

Abschreibung Postulat: 23 JA / 5 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 184

Interpellation R. Büchelín, SP: Nutzung Sportplatz Spiegelfeld

Präsident Roman Oberli, SVP fragt den Interpellanten, ob er von der Antwort des Gemeinderats befriedigt ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Ralph Büchelín, SP ist teilweise zufrieden mit den Antworten. Er hätte aber noch Fragen zu den Punkten vier und fünf und beantragt daher Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellant Ralph Büchelín, SP bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen eins bis fünf dieser Interpellation. Er hat noch Anmerkungen zu den Fragen vier und fünf. Zuerst möchte er aber festhalten, dass in Binningen ein Mangel an Sportplätzen besteht. Als grösste Vereine gibt es einerseits den Sportclub Binningen, der Fussball spielt, mit den meisten Trainierenden, ungefähr 700, und den LAR, der Leichtathletik trainiert mit ca. 160 Personen. Es gibt natürlich auch noch andere, diverse Sportvereine, die mit ihrem Angebot Binningen bereichern. Verschärft wird die Situation der mangelnden Sportplätze auch durch den Neubau des Schulcampus Dorf, bei dem das Spielfeld aufgehoben wird. Der Redner möchte zuerst auf die letzte Frage, Nummer fünf, eingehen. Die Frage fünf heisst: «Wo könnten im Falle eines zweiten Kunstrasenfeldes die Leichtathleten trainieren?». Beim Sportplatz Spiegelfeld wird das Kunstrasenfeld intensiv für Fussball genutzt, was natürlich sehr begrüssenswert ist. Daneben gibt es das Naturrasenfeld, das für den Fussball und für die Leichtathletik genutzt wird. Jetzt wird aber davon gesprochen, das Naturrasenfeld in ein Kunstrasenfeld umzuwandeln. Dies, weil das Spielfeld beim Dorfplatz wegfällt, wegen des Baus des Schulcampus.

Für gewisse Disziplinen in der Leichtathletik ist Naturrasen von Vorteil, z.B. Speer werfen, Diskus, Hammer werfen, Lauftraining mit Nagelschuhen etc. In der Antwort des Gemeinderats auf Frage fünf kommt wegen des geplanten zweiten Kunstrasenfeldes eine gewisse Ratlosigkeit zum Ausdruck. Es wird auf ein Sportanlagenkonzept verwiesen, das ausgearbeitet werden soll, was aber nicht genauer definiert wird. Nun zur Frage vier, die lautet: «Wie ist Binningen in Bezug auf die gegenseitige Nutzung von Sportplätzen mit den umliegenden Gemeinden vernetzt?». Der Gemeinderat schreibt, es habe ein Austausch über eine gemeinsame Sportanlagenkommission, nicht zu verwechseln mit dem Sportanlagenkonzept, gegeben mit den Gemeinden Bottmingen, Oberwil, Biel-Benken, Ettingen und Therwil. Wegen unterschiedlichen Bedürfnissen sei das Projekt aber nicht zustande gekommen. Der Votant ist der Ansicht, hier sollte die Gemeinde nochmals den Hebel ansetzen, um eine solche Sportanlagenkommission zu realisieren. Die Gemeinde Binningen sollte entsprechende Synergien nutzen und mit anderen Gemeinden

zusammenarbeiten, denn sportliche Aktivitäten auszuüben ist wichtig und macht eine Gemeinde daher auch attraktiv.

Charlotte Marti, SVP ist Trainerin der Leichtathletik Binningen. Sie ist etwas enttäuscht, dass man nun sagt, der Naturrasen auf dem Spiegelfeld komme weg und man mache jetzt einen Kunstrasen. Ihr von der Leichtathletik ist klar, dass der Fussballclub viel grösser ist und viel mehr Kinder hat. Das ist ihr bewusst und dass man Platz braucht. Sie weiss, dass der Fussballclub auch das Bindeglied der Nordwestschweiz ist und die kleineren Vereine dies halt nicht sind. Aber sie haben auch Kinder und sie haben viele Kinder. Sie haben kleine Kinder, Jugendliche und die wollen alle auch ihren Platz. Der Rednerin geht es nicht darum, gegen den Fussball zu sein – um Gotteswillen Nein. Es besteht eigentlich immer ein gutes Verhältnis und sie denkt, man sollte vielleicht einfach einmal an einen runden Tisch sitzen und schauen, was die Ansprüche sind. Was wollen wir? Und vielleicht kann man diese Probleme miteinander lösen. Das wäre ihr Votum, das sie gerne dazu äussern wollte.

Marco Giani, FDP nimmt sehr gerne als Einwohnerrat, aber auch als langjähriges Mitglied und Vorstandsmitglied des Sportclubs Binningen Stellung zu dieser Interpellation. Er dankt Ralph Büchelin für den wichtigen Vorstoss und auch dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Er hätte zu allen Punkten etwas zu sagen, aber er verzichtet darauf und nimmt einfach generell Stellung zu den Voten, die gefallen sind. Nach Ansicht des Redners geht es nicht darum, dass man jemandem etwas streitig macht. Es geht, wie Charlotte Marti gesagt hat, auch darum, dass man zusammensitzen muss, um hier eine Lösung zu finden. So viel er weiss, weil er auch dabei war, wurde dies schon angestossen. Es geht wirklich nicht darum, dass man jemandem etwas wegnehmen möchte, sondern es geht darum eine Lösung zu finden, die für alle Betroffenen mehrheitlich stimmt. Er ist persönlich überzeugt, dass es eine solche Lösung geben wird. Auch generell, nicht nur auf den Sportplatz bezogen. Es gibt ja auch noch andere Sportvereine und sonstige Vereine in Binningen. Er ist der Ansicht, dass es eine solche Lösung geben wird, wenn man die Sportvereine einmal zusammennehmen und das Bedürfnis abklären würde, das man heute oder vielleicht auch in fünf, 10 oder 20 Jahren hat, gerade bezüglich der Infrastruktur. Vielleicht entstehen dann auch sonst noch Synergien unter den Vereinen oder auch mit anderen Vereinen aus Nachbargemeinden. Der Votant ist der Ansicht, man sollte wegkommen von diesem «Gärtli-Denken» und sich für die Zusammenarbeit und für Kooperationen unter den Vereinen öffnen. Das müsste seiner Meinung nach der Weg sein. Dann wird es auch eine Lösung geben, dass solche, die auf einen Naturrasen angewiesen sind weiterhin ihrem Hobby nachgehen können. Das scheint ihm wichtig.

Beatrice Büscheln, Grüne/EVP möchte noch etwas aus Bildungs- resp. Schulsicht erwähnen. Der Bedarf der Schulen darf man auch nicht unterschätzen. Da geht es nicht nur um Fussball oder Leichtathletik, sondern überhaupt um Bewegung. Das erhöht die Belastung der Gemeindeplätze, sowohl Rasen wie auch Kunstrasen. Es kostet natürlich auch etwas, da man es in Schuss halten muss. Darum würde auch sie es unterstützen, wenn man eine regionale bzw. gerade bei den Leimentaler Gemeinden viel mehr Zusammenarbeit fördern würde. Die Diskussionen wurden schon einmal geführt. Man sollte diese unbedingt wiederaufnehmen. Denn auch als ihre Kinder noch Fussball gespielt haben früher, als der SC Binningen wahnsinnig viele Kinder hatte, hat sie Kinder auf den Bachgraben mitgenommen, wo ihre Kinder gespielt haben in ihrem Verein dort, damit sie überhaupt trainieren konnten. Auch das ist natürlich eine Hilfe, aber geht nicht immer. Die Zusammenarbeit z.B. bei den angesprochenen Leichtathletik-Disziplinen. Beim Speer oder Diskus werfen sind die Kinder im höheren Schulalter, vermutlich ab 10 Jahren, vorher wird dies im LAR nicht gemacht. Diese Kinder können sehr wohl auch einmal mit dem Velo auf Therwil fahren oder in eine andere Gemeinde, die diese Leichtathletikdisziplinen auf den Grundstücken besser anbieten kann. Die Zusammenarbeit wäre also wirklich wichtig, dass man es wieder hinbekommt, dass die Gemeinden im Leimental mehr miteinander reden. Denn alle werden das gleiche Problem haben.

Marc Schinzel, FDP kann sich seinem Vorredner und seiner Vorrednerin anschliessen. Es ist ein sehr wichtiger Vorstoss. Es ist klar, es ist ein wichtiges Thema. Er stösst etwas in das gleiche Horn, wie es

Beatrice Büschlen gemacht hat. Sie sind beide im Schulrat. In den Schulen gibt es natürlich einen grossen Bedarf an Sportflächen. Man weiss, dass diese jetzt knapp sind. Es sind auch Aussenflächen. Es ist in Binningen nicht so einfach, dass man diese Flächen zur Verfügung hat auch jetzt, wo viel gebaut wird. Dem Votanten ist aber auch wichtig, dass es nicht nur um Vereine geht, sondern auch um frei nutzbare Sportflächen. Es sind auch Kinder, die Bewegung brauchen und die sollten Flächen haben, wo man sich treffen und frei und unorganisiert Fussball spielen kann ausserhalb der Vereinsstrukturen. Das ist ebenfalls wichtig. Er glaubt, dass der Gemeinderat das Problem sehr wohl sieht und dass ihm dies sehr wohl bewusst ist. Er spürt dies auch. Es ist einfach sehr, sehr wichtig, dass es einerseits für die Vereine sehr gute Voraussetzungen gibt, Marco Giani hat das angesprochen, aber auch für die Schulen und einfach für unorganisiertes Spiel in der Freizeit. Das ist wichtig. Der Vorstoss kommt ihm zum Teil fast etwas finanztechnisch vor. Man sollte bei dieser Zusammenarbeit darauf achten, dass es ein give-and-take ist. Dass man miteinander Lösungen sucht und vielleicht auch nicht immer buchhalterisch schauen muss, ob man diesen jetzt auch noch abgerechnet hat und ob dieser oder jener auch noch in der Rechnung drin ist. Es geht um ein give-and-take, eine Zusammenarbeit im Leimental. Das scheint ihm wichtig.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 9

Diversa

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, unter Diversa habe er in seiner Funktion als Wahlbüropräsident eine Mitteilung zu machen. Er gibt deswegen nominell die Sitzungsleitung an die Vizepräsidentin und wird sich zur Veranschaulichung auch auf den Sitzplatz der Kommissionsreferenten setzen.

Wahlbüropräsident Roman Oberli, SVP darf als Präsident des Wahlbüros hier eine Mitteilung machen. Zuerst möchte er auf ein Votum eingehen, dass während der Sitzung im Rat geäussert wurde, dass es an der letzten Wahl beim Nationalrat nicht sauber abgelaufen sei. Es ist ihm sehr wichtig zu betonen, dass das Ergebnis sauber und korrekt ermittelt und auch so dem Kanton übermittelt wurde. Nun zum eigentlichen. Wie alle Anwesenden wissen, ist am 3. März die Gesamterneuerungswahl des Einwohnerrats und des Gemeinderats zusammen mit den nationalen Abstimmungen. Aufgrund der Umstände, dass die Mehrheit des Wahlbüros selbst für den Einwohnerrat kandidieren wird, sind diese Personen von der Auszählung der Wahl des Einwohnerrats ausgeschlossen. Deshalb wird gemäss § 6 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes über politische Rechte die zuständige Gemeindepräsidentin die notwendige Anzahl an Ersatzmitgliedern ernennen. Ein ähnliches Problem besteht bei den Stimmenzählenden. Folglich wird aus organisatorischen Gründen die Einwohnerratswahl durch Helfer der Gemeindeverwaltung ausgezählt. Um eine politische Transparenz gewährleisten zu können, hat das Wahlbüro beschlossen, dass jede Partei einen Wahlbeobachter ernennen darf. Voraussetzung dafür ist, dass diese Person nicht für den Einwohnerrat oder den Gemeinderat kandidiert. Die Parteipräsidien werden gebeten, dem Wahlbüropräsidenten die Personen bis zum 29. Februar 2024 zu melden. Die Gemeinderatswahl sowie die Auszählung der nationalen Abstimmungen sind davon nicht betroffen. Gibt es dazu Fragen? Das ist nicht der Fall.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schliesst die Vizepräsidentin die Sitzung um 21.30 Uhr.

ER-Sitzung vom 5. Februar 2024

			Gesch. Nr. 188	Gesch. Nr. 189	Gesch. Nr. 162			Gesch. Nr. 181		Gesch. Nr. 184	
Nr.	Name	Fraktion	Reglementslesung: Streichung § 1 Abs. 2	Zustimmung zur Gemeindeinitiative «Wählbarkeits- Initiative»	Ausmehren: Variante grün (JA) vs. Variante gelb (NEIN)	Genehmigung Teilrevision (Variante grün)	Inkraftsetzung per 1. August 2024	Abschreibung Motion	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
5	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
11	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Büchelin	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Müller	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Noack	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Strondl	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Vanoncini	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
21	Hafner	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
22	Heim	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinzel	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
32	Setz	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
36	Oberli	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

TOTAL

Ja	31	22	29	35	35	35	32	23	34
Nein	2	13	3	0	0	0	3	5	0
Enthaltungen	2	0	2	0	0	0	0	6	0
	35	35	34	35	35	35	35	34	34